

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 25.— Mk., vierteljährlich 75.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 8.— Mk., von auswärts 10.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bel. Tarif, die 2-spaltige Zeile 25.— Mk., von auswärts 30.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfach 2045. Expediteur: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 197

Mittwoch, den 23. August 1922

13. Jahrgang

Die Reparationsverhandlungen in Berlin.

Gestern vormittag fanden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen der einzelnen Ressorts untereinander statt. Heute nachmittag werden die Beratungen mit Sir John Bradbury und Herrn Maclaire wieder aufgenommen werden. Der ständige Berliner Vertreter der Reparationskommission Prof. Saguenin ist von seinem Urlaub ebenfalls nach Berlin zurückgekehrt. Wie die Dena erfährt, steht man innerhalb der Reparationskommission die Dinge vorläufig nicht sehr optimistisch an. Bradbury und Maclaire sind in der Beurteilung der Gesamtlage außerordentlich zurückhaltend, doch können sie natürlich ein endgültiges Urteil noch nicht abgeben, da die eigentlichen Verhandlungen noch gar nicht begonnen haben.

Wie die heutigen Berliner Morgenblätter berichten, sind die Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und Staatssekretär Bergmann mit den Vertretern der Reparationskommission gestern nachmittag fortgesetzt worden. Später sind die beiden Bevollmächtigten der Reparationskommission beim Reichskanzler Dr. Wirth erschienen. Die bisherigen Ergebnisse der Besprechung werden heute in einer Besprechungsunter dem Vorsitz des Reichskanzlers erörtert werden. Ueber den Inhalt der Verhandlungen wird sowohl von deutscher wie von Entente-Seite Vertraulichkeit gewahrt.

In einem Protest der Straßburger Handelskammer gegen die „Reparationsmaßnahmen“ heißt es u. a.: Die Sperre der deutschen Guthaben und Werte bei den elsaß-lothringischen Banken hat zur Folge gehabt, daß die deutschen Zahlungen für elsaß-lothringische Waren eingestellt und daß die in Art. 68 des Friedensvertrages vorgesehene Ausfuhr unterbunden wurde, und daß der Geschäftsverkehr von den elsaß-lothringischen Banken im Innern des Landes gelegenen Banken abgelenkt worden ist. Die Handelskammer verlangt nachdrücklich, daß unverzüglich diesem Zustand ein Ende gemacht werde, der die drei wiedererlangten Departements gegenüber denen im Innern benachteiligt.

Bayern stimmt endlich zu.

Der bayerische Gesandte v. Freger ist gestern nachmittag beim Reichskanzler erschienen und hat ihm die Zustimmung der bayerischen Regierung und der Koalitionsparteien zu den Ergebnissen der Berliner Verhandlungen mitgeteilt.

Gestern nachmittag fand in München eine Sitzung des Ministerrats statt, zu der auch die Führer der Koalitionsparteien des Landtages hinzugezogen waren. Gegenstand der Beratungen war die letzte Vereinbarung, die in Berlin in der Angelegenheit der Wertsche zum Schutze der Republik getroffen worden ist. Der Ministerrat und die Führer der Koalitionsparteien haben sich dahin geeinigt, daß die Ergebnisse der letzten Berliner Verhandlungen anzunehmen sind.

Der Konflikt wegen des republikanischen Schutzes ist damit endgültig beigelegt. Die Aufhebung der bayerischen Verordnung, die das Inkrafttreten des Gesetzes aufhält, steht unmittelbar bevor.

Der Hindenburgrummel in München.

Der Besuch Hindenburgs in München hat sich zu einem nationalistischen Nummern ausgedehnt, wie ihn München seit Jahren nicht gesehen hat. Ueberfüllte Rüge brachten Tausende von Menschen, Wagen und Autos, die vom Hochland eintrafen, waren in derartiger Fülle, daß die Hauptverkehrsstraße abgesperrt werden mußte. Vor dem Armceumuseum zeigte sich ein unüberschaubares Bild von Uniformen, Helmen, Zylinder und Regenschirmen. Die Rahr-Pochnersche Beeinflussung hat diese Veranstaltung zu einer nationalistischen Paradeschau gesteigert. Der Berichterstatter des „Vorwärts“ wurde von unteren Beamten erkannt, ein Feldmeister stellte die Menge zu Angriffen auf den seine berufliche Tätigkeit ausübenden Mann auf. Der Berichterstatter wurde von der wildgemachten Menge schwer mißhandelt und mußte von der Schupo in Schutzhaft genommen werden.

An besonderen Denkwürdigkeiten ist nur zu berichten, daß sich die beiden „Nationalhelden“ Hindenburg und Ludendorff in den Armen lagen und daß Hindenburg vor einer vor Begeisterung tobenden Menge den General Ludendorff auf die Wangen küßte. Herr

v. Rahr, der nicht von der Seite Hindenburgs wich, führte seinen Gast auch in die Pfaffenruhr der Frauenkirche, wo Hindenburg an den Särgen des letzten bayerischen Königspaars Kränze niederlegte. Im übrigen gelang es Herrn v. Rahr, die Fete in reinster deutsch-nationaler Aufmachung durchzuführen. Lediglich Generale und Prinzen bestritten das Aufgebot an patriotischen Neben. Die offizielle Staatsregierung mit Graf Lerchenfeld an der Spitze wurde wie ein notwendiges Übel von den in ihren prunkenden Uniformen aufmarschierten Offiziersverbänden empjunden und in geradezu empörender Art und Weise in die Ecke der Festhalle des Armceumuseums zurückgedrängt. Um der Treue zur deutschen Republik ein sichtbares äußeres Zeichen zu verleihen, wurde das NSD-Organ für Schwaben, „Die Umschau“, auf vier Wochen verboten.(!)

Die Bündnisverhandlungen der Randstaaten.

Die finnische Regierung hat den in Helsingfors akkreditierten Gesandten Estlands, Letlands und Polens eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß es nicht möglich gewesen sei, das zwischen den genannten Staaten und Finnland in Warschau abgeschlossene politische Abkommen finnischseits zu ratifizieren, weil der finnische Reichstag auf dem Standpunkt stehe, daß diese Frage nicht endgültig behandelt werden könnte und weil inwischen Neuwahlen zum Reichstag stattgefunden hätten. Die finnische Regierung best in der Note weiter hervor, daß von Seiten Finnlands die vertrauensvolle Zusammenarbeit fortgesetzt werden solle. Die Regierung sei davon überzeugt, daß die genannten Staaten zur Festigung des allgemeinen Friedens am besten dadurch beitragen könnten, daß sie unter Beachtung der Interessengemeinschaft und den leitenden Grundideen des Völkerbundes folgend, ihre Selbständigkeit behaupten.

Die Preissteigerung.

Die Katastrophe der Mark wird mit einer über raschenden Geschwindigkeit auf die breiten Massen abgewälzt. Gegen Anfang Mai haben sich die Preise wichtiger Lebensmittel mehr als verdreifacht. Das geht ein dringlicher noch als aus den Koeffizienten für die Lebenshaltung, die im allgemeinen Durchschnittspreise für eine längere Zeit spiegelte, aus folgender Gegenüberstellung von Einzelhandelspreisen der Berliner Zentralmarkthalle am 3. Mai und im Laufe der letzten Woche hervor:

	letzte Woche	3. Mai
1 Pfund Rindfleisch ohne Knochen	85—95 M.	35—42 M.
1 Pfund Schweinefleisch	95—130 M.	38—44 M.
1 Pfund Kalbfleisch	70—110 M.	25—41 M.
1 Pfund Hammelfleisch	85—100 M.	28—44 M.
1 Pfund Seelachs	18—24 M.	8—9 M.
1 Ei	8,50—9 M.	3,50—4 M.
1 Pfund Schweinefleisch	155—165 M.	45—48 M.
1 Pfund Naturbutter	175—185 M.	57—64 M.
1 Pfund Margarine	90—116 M.	29—38 M.

Ein Teil der Preisnotierungen ist heute bereits wieder überholt. So die für Margarine, die mittlerweile auf dem vereinbarten Stand von Anfang Mai angelangt ist. Aber auch so findet sich in obiger Zusammenstellung keine Ware, deren Preis nicht mindestens verdoppelt wäre, und eine Verdreifachung der Preise innerhalb von nicht ganz 4 Monaten ist keineswegs eine Seltenheit.

Die von den bürgerlichen Parteien stürmisch geforderte Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung sollte billige Preise und reichliche Ware bringen. Sie hat, was wir voraussetzten, nicht reichliche Ware gebracht, dafür aber eine unendliche Verteuerung der Lebensnotwendigkeiten.

Aus den Zahlen spricht das ganze Gland, das Arbeitende und Rentenbezieher infolge des Marksturzes erfaßt hat. Die Forderungen der Gewerkschaften, der Preissteigerung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen Einhalt zu gebieten, bedürfen der raschesten Durchführung. Aber auch Maßnahmen dieser Art werden die allgemeine Preiswelle nur aufhalten können. Hilfe ist nur dann zu erwarten, wenn zu einem wirksamen Vorgehen gegen Preisausbreitungen eine Politik kommt, die mit dem Aufgebot aller Kräfte auf die Stabilisierung der Mark hinarbeitet. Die jetzt in Berlin anwesenden Vertreter der Reparationskommission haben Gelgenheit, die Minderung der deutschen Leistungsfähigkeit infolge des Marksturzes zu studieren. Angesichts der rapiden Verteuerung, die die wirtschaftliche Existenz Deutschlands bedroht, werden sie sich

dem Schluß nicht entziehen dürfen, daß außer einem Moratorium es noch notwendig ist, den Deutschen Finanzien genügend Spielraum zu lassen, um eigene Arbeit zur Sanierung der Mark zu ermöglichen.

Litauen will Memel.

Der litauische Außenminister Jurgeleits hat an die Botschafterkonferenz eine Note gerichtet, in der es heißt:

Die litauische Regierung spricht auch die Ueberzeugung aus, daß nach der Anerkennung Litauens de jure seitens der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten keine Hindernisse mehr für den Abschluß des Memelgebietes an Litauen bestehen werden.

Die litauische Regierung erinnert mit Dankbarkeit an die Antwort der alliierten Mächte an die deutsche Delegation der Friedenskonferenz vom 18. Juni 1920, in der seitens der Alliierten erklärt wurde, daß das erwähnte Gebiet litauisch war und daß Memel und sein Gebiet den Alliierten und den Vereinigten Staaten so lange in Obhut gestellt wird, bis das Statut des litauischen Staates festgelegt ist.

In Anbetracht dessen, daß diese Bestimmung mit der Anerkennung Litauens de jure realisiert wird, hofft die litauische Regierung, daß die Regierungen der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten den Entschluß fassen werden, Litauen entsprechend dem § 90 des Versailler Vertrages sämtliche Rechte und Titel auf das Memelgebiet zu übertragen.

Von einem angeblich guten Kenner des Memelgebietes erscheint in der deutschen Parteipresse ein längerer Artikel, in dem für die Freistaatbildung eine ganze gebrochen wird. Wenn wir auch mit den hauptsächlichsten Argumentationen des Verfassers nicht konform gehen, so geben wir seine Ausführungen doch in ihren hauptsächlichsten Stellen wieder, weil wir sie für die Beurteilung der Memellandfrage, in der die Entscheidung demüßigt zu erwarten ist, für wertvoll halten. Der ungenannte Verfasser schreibt:

In der deutschen Öffentlichkeit ist man über die Schicksalsfrage des Memelgebietes so wenig orientiert, daß es unbedingt geboten erscheint, sie auch einmal vom nächsten Standpunkt des Menschen zu betrachten, der inmitten der Ereignisse steht. Memel hat einen vorzüglich auf gebauten Hafen, um den es sowohl Litauen als auch Polen aus gutem Grunde beneiden. Auf die Benutzung dieses Hafens nun ruht sich die großlitauische Agitation, die, so sehr sie auch zuweilen ausarten mag, doch einen sehr realen Hintergrund hat, weil sie auf einen freien Zugang zum Meere hinstellt. Polen besitzt im Weichselstrom über Danzig den Zugang zum Meere, aber es will sich ansehnen, daß die Möglichkeit des Transitverkehrs über den Memeler Hafen offen halten. Die großlitauischen Agitatoren verlangen den Anschluß des Memelgebietes an Litauen. Gegen diese Annexionswünsche sträuben sich aber 90 Prozent der Bevölkerung des Gebietes. Nebenher kleben auch eine Zeitlang großpolnische Wünsche, daß Memelgebiet an polonisieren. Das hätte aber wiederum eine Irredenta geschaffen, die keinem Teil zum Segen gereicht hätte. Eine Polonisierung würde außerdem die gemeinsame deutschlitauische Abwehrfront nach sich gezogen haben, und der sich entzündende Nationalitätenkampf hätte wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten vollkommen illusorisch gemacht.

Nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages mußte das Deutsche Reich auf das Gebiet nördlich der Memel verzichten. Eine Verzichtleistung bedeutet aber da eine Volksbefragung ausgeschlossen war, zugleich die Unmöglichkeit, wieder zum Mutterlande zurückzukehren. Für uns blieb nur ein Weg offen: entweder von einem der Randstaaten — Litauen oder Polen — aufgekauft zu werden, oder aber ihnen wirtschaftlich entgegenzukommen und bei jeder Gelegenheit den Ruf nach politischer Selbständigkeit zu erheben. Das haben wir auch im reichsten Ausmaße getan, weil es nur so möglich ist, dem Gebiete seinen wirtschaftlich, sozial und kulturell fortgeschrittenen Charakter zu erhalten.

Nichts war verfehrter, als die von deutscher Seite leider vielfach geäußerten Behauptungen, und an Großlitauen zu verschachern, nichts aber war auch geeigneter, der großlitauischen Agitation im Memelgebiet Nahrung zu geben und Vorstoß zu leisten, als die Machinationen von deutschnationalistischer Seite, unter den gegebenen Verhältnissen die Wiedervereinigung mit Deutschland zu propagieren.

Bergegenwärtigen wir uns doch ganz nüchtern die Umstände, die zur Abtrennung von Deutschland geführt haben. Unschlüssig der Beratung über die Sprachenverordnung trat besonders ein Moment deutlich in die Erscheinung: die Tatsache, daß seit den fleißigen Jahren des verfloffenen Jahrhunderts die Germanisierungspolitik in unseligen Augenblicken im nordöstlichen Ostpreußen wie auch im Memelgebiet einsetzte und einen durchaus deutschgeprägten aber litauisch sprechenden Volksstamm in eine gewisse Oppositionstellung brachte. Diese pangermanistische Strömung

Graue Verfüken als letzte Menheit. In der kommenden Saison sollen graue Verfüken zur Abendtoilette gehören. Es handelt sich dabei aber nicht etwa um gealterte Verfüken wie anno dazumal; der neue Haar- und ist vielmehr regelrecht aus grauem Haar angefertigt. Die grauen Verfüken sollen einem jungen Mann so, anders als Plakula und Malvenfarben gut zu Gesicht stehen. Berrückte Welt!

...the ...

Danziger Nachrichten.

Der Senat und die Bekämpfung der Teuerung. Erhöhung des Milchpreises auf 14 Mark. — Ausfuhr absichtlich für größere Mengen.

Die Danziger Bevölkerung hat die gestern von uns veröffentlichten sozialdemokratischen Anträge auf Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers mit lebhafter Freude begrüßt, da sie endlich die Aussicht eröffneten, daß der schamlosen Ausbeutung, die in den letzten Wochen mit den minderbemittelten Volksschichten getrieben worden ist, ein Damm gesetzt wird. Wir haben wiederholt auf die blödsinnige Unmöglichkeit des Senats hingewiesen, der, wenn er sich seiner Verantwortung bewußt wäre, schon längst die Initiative hätte ergreifen müssen. Wie wenig aber selbst jetzt, nachdem die Sozialdemokratische Fraktion erneut und planmäßig den Kampf gegen die Teuerung und den Wucher aufgenommen hat, vom Senat zu erwarten ist, zeigen zwei Vorgänge, die uns heute bekannt wurden.

Gerade wie zum Dohn auf alle Bestrebungen auf Eindämmung der künstlichen Preissteigerungen für die landwirtschaftlichen Produkte, macht der Senat heute bekannt, daß der Milchpreis jetzt auf 14 Mark für den Liter festgesetzt ist. Eine Begründung für diese Erhöhung wird auch diesmal nicht gegeben, sondern das Ernährungsamt übermitteln uns zur Aufklärung der Bevölkerung einen reichlich merkwürdig gehaltenen Wochenspiegel. In diesem heißt es, daß die Erhöhung der Milch immer noch in aller Zusammenfassung bestehende Milchpreissetzungskommission sehr ernst genommen sei, da es nicht möglich erschien, die stark aneinandergehenden Ansichten und Forderungen der städtischen Konsumenten wie der Produzenten und Händler einander zu nähern. Erst nach längerer Debatte, in der Herr Senator Narow wiederholt darauf hingewiesen hätte, daß er unter keinen Umständen einen höheren Milchpreis als wie den der größeren Nachbarkreise vertreten könne (was sicherlich sehr edel von ihm war), sei eine Einigung zustande gekommen, die der heutigen Verordnung des Senats im wesentlichen entspricht. Das „Ernährungsamt“ fügt noch hinzu, daß der Senat ferner die Ermächtigung erteilt habe, zu gleicher Zeit gegen einige Käsereien, die ihrer Milchablieferungspflicht trotz wiederholter Mahnung nicht entsprochen haben, den Bestimmungen des Gesetzes vom 29. 8. 1922 gemäß unverzüglich strafrechtlich vorzugehen.

Wir hoffen, daß der Volkstag schnellstmöglich Veranlassung nehmen wird, sich mit diesem neuen unerhörten Milchwucher, durch den die meisten Kinder um jede Milchmahlung gebracht werden, zu beschäftigen. Dem Treiben der Milchpreissetzungskommission, in der die Profitinteressenten überwiegen, muß schnellstmöglich ein Ende gemacht und die Milch auf einen neuen erträglichen Preis gebracht werden.

Aber der Senat gibt nicht nur dem Milchwucher freie Bahn, sondern er geht dazu über, den Preissteigern auch auf anderer Weise direkt Vorschub zu leisten. So sollte sich eine auf gestern anberaumte Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Volkstages mit einem Antrag des Senats auf Genehmigung der Ausfuhr von 5 Waggons Käse beschäftigen. Wenn Käsereien sollte also Gelegenheit gegeben werden, trotz des tiefen Mangels an Milchprodukten den Käse für teures Geld nach dem Ausland zu verhandeln, damit sie die blödsinnige Bevölkerung noch besser auswuchern können. In letzter Stunde zog der Senat jedoch seinen Antrag zurück. Es scheint, als wenn man über dieses unerhörte Verlangen noch in letzter Stunde Gewissensbisse bekommen hat. Der Volkstag wird in den nächsten Tagen ja Gelegenheit haben, diese volksschädigende Wirtschaftspolitik des Senats scharf unter die Lupe zu nehmen.

Freistaatliche Haushaltspläne.

welt für das Rechnungsjahr 1922 einen Ueberschuß von 1,5 Millionen Mark aus. Die bisherigen Ueberschüsse stellen sich wie folgt: Für die Zeit vom 10. Januar 1920 bis 31. März 1921 7,9 Millionen Mark, für das Etatsjahr 1921, laut Vorschlag 4,2 Millionen Mark. Der Rechnungsbilanz für diese Zeit wird voraussichtlich etwas günstiger sein. Die Gesamteinnahme betrug im Etatsjahr 1922 188 Millionen Mark. Es wurden vereinnahmt: Für geleistete Ausbesserungen an Eisenbahnschienen 155 Millionen, aus der Abgabe von Werksstoffen 8,5 Millionen Mark. Die gesamte Ausgabe trug 169,5 Millionen Mark. An Einnahmen für die Werksstättenarbeiter wurden 60 Millionen Mark gezahlt. Die Bezüge der Beamten und Angestellten betrugen 8 Millionen Mark. Die Unterhaltung der Anlage verursachte 3 Millionen Mark Ausgaben. Weiter werden in der Ausgabe angeführt: Werksstoffe 48 Millionen Mk., Betriebsstoffe 37 Millionen Mk., Steuern 15 Millionen Mk. Der Ausbau der neuen Wagenhalle und die innere Einrichtung verursachte an Mehrkosten 5 Millionen. Der Bau und die Einrichtung einer neuen Kesselmühle 5 Millionen Mark. Für die Beschaffung von Spezialfahrzeugmaschinen wurden 4 Millionen Mark ausgegeben.

Der Etat der Domänenverwaltung bringt im Etatsjahr 1922 einen Ueberschuß von 4,5 Mill. Mark, nachdem sie im Jahre 1921 den gewaltigen Ueberschuß von 499 880 Mark hatte. Für Pacht von Domänenvorwerken wurden 854 808 Mark eingenommen, gegen 842 558 Mk. im Vorjahre. Der Ertrag von anderen Domänengrundstücken beträgt 4 819 118 Mk. gegen 869 485 Mk. im Jahre 1921. Die Domänenpachten erhöhen sich mit Beginn eines neuen Pachtjahres infolge Umrechnung der Pachten nach Roggenwert. Die bisherigen Pachten standen in einem geradezu schrecklichen Mismatch zu den Preisen, die für landwirtschaftliche Produkte gezahlt werden müssen. Die Summe der Einnahmen im Ordentlichen Etat beträgt 7 196 000 Mk. Aus dem Verkauf von Grundstücken und Inventar sind 2,2 Millionen Mark vereinnahmt worden. Unter die Ausgabe posten, die insgesamt 2,6 Mill. ergeben, fällt ein Zuschuß von 60 000 Mk. für die Selbstbewirtschaftung des ehemaligen Aufsehlingsgutes D a m e n s t e i n auf, der nach den Erläuterungen des Etats infolge Mindernte im Jahre 1921 und der hohen Getreibeumlage notwendig wurde. Die anderen Landwirte haben jedoch trotz „Mindernte und Getreibeumlage“ glänzende Geschäfte gemacht.

Der Haushaltsplan der Danziger Verwaltung erfordert bei einer Einnahme von 11 120 Mark und einer Ausgabe von 3 440 400 Mk. einen Defizit von über 3,3 Millionen Mark. An Beamten sind vorhanden: 1 Stadtmagister, 4 Stadträte, 15 Oberamtskassen, 10 Stadtschreiber. Für Besoldungen sind 1 400 000 Mark in Aussicht gebracht worden. Einmalige Ausgaben (Kauf von Dienstwohnungen und Ausbesserungsgegenständen) erforderten 1 050 000 Mark.

Danzig und Finnland.

Der finnische Flottenbesuch gab dem Senat Veranlassung, zu Ehren der Gäste ein Bräutchen im Rathauskeller zu veranstalten. Dabei wurden die üblichen Anreden gehalten. Senatpräsident Sahm gab seiner Freude Ausdruck, daß das finnische Geschwader nach seinem Besuch in dem Kriegshafen der Republik Polen in Gdingen auch Danzig eingelaufen hat. Binnen wenigen Wochen habe unser langes Einzelwesen zum dritten Male das Vergnügen, ein Geschwader fremder Kriegsschiffe in seinem Hafen, der nur friedlichen Zwecken bestimmt ist, zu sehen. Gemeinsam diesen drei letzten Flottenbesuchen ist, daß es sich um Geschwader von Ostseestaaten handelt, bei denen ein natürliches Interesse vorliegt, der neuentstandenen Republik Danzig einen Besuch abzustatten, und es doch alle politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, welche alle Staaten an der Ostsee viele Jahrhunderte hindurch mit Danzig verbunden haben. Redner erinnerte an die jahrhundertelangen Kämpfe, die um die Vormachtstellung im baltischen Meeresterritorium haben. Nur wer die Ruhm- und Leidensgeschichte Danzigs kenne, würde Verständnis haben, für die eigenartige Situation, in welcher sich der Freistaat heute befindet, nachdem er durch den Vertrag von Versailles an einem unabhängigen Staat unter dem Schutze des Völkerbundes erhoben worden ist. Die Wahrung der politischen Freiheit und Unabhängigkeit sei ein ebenso hohes Gut und Ziel wie die Erhaltung der uralten Kultur, Sprache und Volksgemeinschaft. Von allen Seiten winken bei einer Wanderung durch die Stadt die Zeugnisse deutscher Kultur, deutscher Kunst und deutschen Wesens. Er schloß mit dem Wunsch, daß der Besuch, der in erster Linie friedlichen Zwecken diene, die Handelsbeziehungen zwischen Finnland und der freien Stadt Danzig fruchtbar machen möge. Der Senatpräsident schloß mit einem Hoch auf die Republik Finnland. Der Kommandeur Nordert dankte für die überaus freundliche Aufnahme, die die finnische Flotte in Danzig gefunden habe und schloß seine Ansprache mit einem Hoch auf die freie Stadt Danzig. Heute nachmittags findet an Bord des Flagggeschiffes „Alas Horn“ ein Empfang statt.

Gewerkschaften und Teuerung. Die gestrige Teuerungskongress der Spitzenorganisationen der Arbeiter und Beamten war lebhaft vorbereitender Natur. Die dort erhobenen Forderungen werden im Laufe dieser Woche in den einzelnen Spitzenorganisationen durchberaten. Die endgültige Auffassung der Vorschläge über die Bekämpfung der Teuerung erfolgt in einer Zusammenkunft am Montag vormittag. Die aufgestellten Forderungen sind von erheblicher Bedeutung und ihre Verwirklichung wohl geeignet, den Wucher erheblich hintanzuhalten.

Die letzte Erhöhung der Beamtengelder im Reich. Auf Anträgen aus unserem Leserkreise sei noch einmal mitgeteilt, daß das Ergebnis der letzten Beamten-Verordnungsverhandlungen im Reich eine Erhöhung des prozentualen Teuerungszuschlages um weitere 120 Prozent bringt. Dadurch erreicht der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und der Ortszuschlag für die ersten 10 000 Mark die Höhe von 880 Prozent, darüber hinaus 300 Prozent. Der Teuerungszuschlag zum Kinderzuschlag erhöht sich ebenfalls um 120 Prozent auf 305 Prozent. Der Stimmann in Ortsklasse A in Besoldungsgruppe 3 erhält für August eine Zulage von rund 2680 Mark. Die von den Gewerkschaften geforderte Erhöhung des Kopfschlages wurde abgelehnt. Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtages hat dieser Regelung zugestimmt. Die sozialdemokratische Fraktion hat dabei erklärt, daß sie nur deshalb zustimmt, weil die Angelegenheit heute nicht mehr anders geregelt werden kann, wie sie im Reich geregelt ist. Durch die Art der Regelung sei aber die Spannung zwischen den Gehältern der unteren Beamtengruppen und der höheren Beamten so groß, daß für die nächste Regelung ein Weg gesucht werden müsse, um diese Differenz zugunsten der unteren Beamten zu verkleinern.

Prüfung von Seemaschinen. Am Montag, den 25. September, beginnt eine Prüfung von Seemaschinenmaschinen 1.—4. Klasse. Meldungen sind unter Vorlegung der vorgeschriebenen Meldepapiere an den Vorsitzenden der Prüfungskommissionen für Seemaschinenmaschinen, Geheimen Regierungsrat Grünwald, hier, Neugarten Nr. 12—16, portofrei einzusenden.

Das Autofahren wird teurer. Im Einverständnis mit dem Senat, Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig, wird der Fahrpreis für Kraftfahrzeuge für jeden nach einem bestimmten Ziele und von dort zum Standorte zurückgelegten Kilometer vom 24. d. Mts. ab von 50 Mk. auf 60 Mk. erhöht. Der Preis für die Wartezett bleibt bestehen.

Jugendliche Ausreißer. Nach einer Mitteilung aus Strij (Wetzlar) an das hiesige Polizeipräsidium ist von dort am 16. d. Mts. der 15 Jahre alte Einar Egid, bei den Eltern in Strij wohnhaft gewesen, entlaufen und soll sich derselbe in Begleitung eines ebenfalls vom Elternhause entlaufenen Kollegen nach Danzig gewandt haben. Egid ist schlank, hat blondes Haar, blaue Augen, er war mit braunem Samtanzug oder grauem Stoffanzug bekleidet. — Von Bromberg wird dem Polizeipräsidium mitgeteilt, daß der am 17. Juli 1905 zu Bromberg geborene Otto Wund seit dem 25. vorigen Monats vermisst wird. Dem Vernehmen nach ist er am 8. August von einem dem Vater des Verschwindenden bekannten Herrn in Danzig gesehen worden, welchem er erzählte, daß er hier in Stellung sei. Es ist ihm heute über seinen Aufenthalt nichts bekannt. Wohlwollende Mitteilungen in beiden Fällen erbittet Polizeipräsidium, Abteilung I c, Zimmer 75.

Über die Dmische in Königsberg.

wird uns geschrieben: Vom 12. bis 18. August fand die Dmische in Königsberg statt. Sie ist sehr gut ausgebaut worden. Die weitläufigen eigenen Ausstellungen hatten auf dem früheren Ballgelände am Kaiser-Wilhelm-Damm gestanden nicht mehr. Gegenüber dem Reichshaus waren die ausgedehnten umliegenden Gärten des Königsberger Handelshofes immer höher. Die Dmische bewies, daß eine wirtschaftliche Brücke zum Osten und dem großen Rande der europäischen Zukunft unbedingt notwendig ist. Von russischer Seite ist man diesen Beziehungen bisher verhältnismäßig entgegengekommen. Auf der Messe trat dies vor allem durch die Kunsthandelsvertreter der russischen Handelskammern hervor. Besonders bemerkenswert ist, daß auf Anregung der Messeleitung eine deutsch-russische Kunstausstellungsgesellschaft gebildet werden konnte. Sie soll hauptsächlich, um die Schwierigkeiten des großen Russenunterschieds zu überwinden, so bestreben, daß russische Rohstoffe in Deutschland vertrieben und gegen deutsche Gegenstände ausgetauscht werden.

Die Dmische gab einen überraschend reichhaltigen Überblick über Deutschlands wirtschaftliches Leben. Vor allem zeichnete sich die landwirtschaftliche Ausstellung durch Reichhaltigkeit auf allen Gebieten aus. Eine russische Musterausstellung war die neueste Errungenschaft der Dmische. Die roten Farben der Sowjetregierung wirkten auf den Gang der Kunstausstellung ein. Die Ausstellung war nur mäßigen Umfangs. Besonders junge von der schlafenden Kraft und dem nicht gebildeten Reichtum des Reiches von Russland und Petersburg. Die eigene Art des russischen Volkes, die Feinheitsunterstützt werden sollte, sprach aber deutlich aus dem, was an Arbeiten vorlag. Die allbekannte Steinmetzwerkstatt von Petersburg hatte wertvolle Proben ausgestellt, ebenso die zaristische Arbeitskommission, die Pelze und Felle gesandt hatte. Feine Holzarbeiten in Kutschen usw. Die aber kaum russisch ausfielen, machten sich sehr häufig. Dann gab es noch aus der Danziger Spitze und Weberarbeiten. Auch Erzeugnisse der Bismarckwerkstatt waren da, aber nicht in Natura. Mehrere Kinoapparate wurden viel bemerkt. Ihre technische Ausführung sieht hinter der deutschen Feinarbeit merklich zurück. Verschieden waren nur als Proben — also noch nicht vertriebsfähig — ausgestellt. Flach, Seide, Wolle, Pferdehaare usw. und Pelze in reicher Auswahl bildeten den Hauptteil der ausgestellten Gegenstände. Man sah vor allem, was Russland braucht. Selbst fand man in der Ausstellung einen Ausdruck für die große wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands und Russlands voneinander: Über eine ganze Wand lief eine Malerei auf Stoff, in deren Mittelpunkt zwei geschlossene Hände die deutsch-russische Gemeinamkeit ausdrückten.

Die Messe hat auch zu neuen deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen geführt. Nach Verhandlung mit S. M. Metzka, dem Vertreter der Zentralverwaltung der russischen Holzindustrie Russlands, wird schon im November d. J. unter Beteiligung der Russen in Königsberg eine o p e n u p ä l i s c h e Holzmesse abgehalten werden. Die Ausstellung von Holzbearbeitungsmaschinen kommt dabei wesentlich in Frage.

Insgesamt 41 000 Einkäufer, davon 1800 ausländische, haben diese Messe besucht. Die inländischen Besucher haben sich gegen das Frühjahr verdoppelt. Die ausländischen Käufer, aus den Nachbarstaaten hauptsächlich, sind mit den Lagerhäusern der deutschen Fabriken nicht einverstanden. Wäre hier ein ärgeres Entgegenkommen möglich, so stände es um das Geschäft erheblich besser. Deutschlands Rohstoffmangel ist aber das größte Hindernis dafür.

Strahlkonzert der freien Sänger. Der Arbeiter-Gesangsverein „Freier Sänger“ veranstaltete am Sonntag auf dem Bankplatz ein Freikonzert, das trotz des regnerischen Wetters eine größere Zuhörermenge herbeigelockt hatte. Das Programm war sehr geschmackvoll zusammengestellt und brachte neben proletarischen Chören auch eine Anzahl volkstümlicher Weisen. Die Sängerchor, die Chorleiter und Dirigenten, überraschte nieder angenehm durch die Klangreife und tiefe Empfindung des Gesungenen. Es ist zu wünschen, daß der Verein das Gebiet des öffentlichen Gesanges recht häufig betreten möge.

Heftige Geheule eines unmündigen Knaben. Eine Händlerfrau in Marienau wurde vom Schöffengericht in Liegnitz wegen Hehlerei zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen des Urteils legte sie Verzicht auf den Sachverhalt war folgender: Zwei jugendliche Mädchen (Schwestern) hinter einer Scheune eine eiserne Pumpe los und verlaufen sich an den 13-jährigen Sohn der Angeklagten in deren Geschäft für 12 Mark. Die Angeklagte gab das Geld, will aber nicht gewußt haben wofür. Die Pumpe hatte einen Wert von 500 bis 600 Mark. Die drei Mädchen sind mit Verwehen bestraft worden. Die Verurteilungskammer war überzeugt, daß die Angeklagte sehr wohl gewußt hätte, was es sich um den Ankauf einer unethisch erworbenen Pumpe handelte. Das Urteil wurde aber auf einen Monat herabgesetzt. Diese Strafe kann die Angeklagte gegen Zahlung von 1000 Mark abwenden.

Bei dem Untergang des Motorschiffes „Garden“, über den wir bereits berichtet haben, hat noch ein Danziger, der 18-jährige Matrose Bruno Volk aus Neufahrwasser den Tod gefunden. Der Verunglückte ist der älteste Sohn des Kapitän W. Volk, der 1916 mit dem als Transportschiff ausgerichteten Danziger Dampfer „Carlos“ vor Memel unterging.

Danziger Niederung. Verlängerung der Sommerferien. Die diesjährigen Sommerferien für Schulen des Kreises (mit Ausnahme von Bodenmühl, Bodenmühl, Bärgerwiesen, Lehl-Riesdorf, Al. Plehnendorf, Stutthof, Bogellang, Gr. und Al. Waldhof) werden um 8 Tage verlängert, so daß der Unterricht statt am 24. d. Mts. erst am Donnerstag, den 31. August d. J. wieder beginnt.

Standesamt vom 28. August 1922.

Todesfälle. Frau Maria Böhm geb. Seta, 64 J. 1 Mor. — T. d. Tapezierers Otto Schmitt, 6 Stunden. — Schuhmacherehrer Friedrich Queller, 70 J. 3 Mon. — Wächter Bernhard Kretz, 46 J. 10 Mon. — Maschinenmeister Anton Motte, 50 J. 3 Mon. — Kaufmann Fritz Sörbder, 57 J. 5 Mon. — Probentischler a. D. Paul Wöhr, fast 62 J.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	15,70	am Vorlage	14,30
Amer. Dollar:	1390		1220
Englisches Pfund:	5900		5200

